

«Uns kann man nicht zwingen, das Bankgeheimnis abzubauen»

Interview mit S.D. Fürst Hans-Adam II. zur Zukunft Liechtensteins

grundsätzlich hereinlassen wollen. Der Landtag hätte jedes Jahr diese Zahl neu festlegen sollen. Ein gewisser Prozentsatz von ungefähr 20 Prozent dieser Zahl hätte man für Flüchtlinge und dergleichen reservieren sollen. Die restlichen rund 80 Prozent hätte man versteigern können. Jedes Unternehmen hätte nur einen gewissen Prozentsatz ersteigern können. Aus dem Erlös sollte man die Integration von Flüchtlingen finanzieren. Es werden nämlich auch in Zukunft Flüchtlinge in unser Land kommen. Und wenn wir Flüchtlinge aufnehmen, können wir auch von anderen Staaten verlangen, dass sie Flüchtlinge aufnehmen, falls bei uns wieder einmal eine grössere Gruppe auftauchen sollte. Auf diese Art hätte man den Flüchtlingen Ausbildungsmöglichkeiten gegeben und somit wären sie integriert worden. Vielleicht ist dies ein etwas utopisches Modell, das gebe ich zu. Es hätte jedoch den Vorteil besessen, dass die Zuteilung nach Gesichtspunkten erfolgte, die für die Volkswirtschaft Sinn macht. Auf der anderen Seite hätte man die entsprechenden Einnahmen gehabt, die Ausbildung der Flüchtlinge zu finanzieren und damit die Integration zu erleichtern.

Ich glaube, dass die Entwicklung des letzten Jahres eine EU-Mitgliedschaft der Schweiz um Jahre zurückgeworfen hat.

In Zukunft wird sich Liechtenstein auch damit auseinandersetzen müssen, dass die Schweiz Mitglied der EU wird. Welche Auswirkungen hätte eine EU-Mitgliedschaft der Schweiz auf unser Land?

Auf der einen Seite hätten wir mit der Schweiz jemand in der EU, der Verständnis für unsere Probleme hätte. Dies wäre sicher ein Vorteil. Auf der anderen Seite wäre dies eine Herausforderung für unser Land, da wir dann eine Insel wären. Ich glaube nicht, dass eine EU-Mitgliedschaft Liechtensteins auch bei einem EU-Beitritt der Schweiz für uns in Frage kommt. Wir müssen mit dem EWR oder einem ähnlichen Vertrag versuchen über die Runden zu kommen. Ich glaube, dass die Entwicklung des letzten Jahres eine EU-Mitgliedschaft der Schweiz um Jahre zurückgeworfen hat. Zum einen hat die Behandlung Österreichs durch die EU manchen Menschen in der Schweiz zu denken gegeben. Ich glaube auch, dass dieses Verhalten für die EU als solche grossen Schaden zugefügt hat. Vermutlich grösseren Schaden, als man heute wahrnimmt. Man muss berücksichtigen, dass eine grosse Mehrheit der Bevölkerung der EU diese Massnahmen abgelehnt hat. Dies hat also nicht zur Popularität der EU in der EU beigetragen. Zum anderen gibt der Druck der EU auf die Schweiz bezüglich Bankgeheimnis und Steuereroase bzw. Steuerharmonisierung vielen Schweizerinnen und Schweizern zu denken. Diese zwei Massnahmen haben der Bewegung, welche sich für einen EU-Beitritt der Schweiz einsetzt, geschadet. Ich glaube nicht mehr, dass die Schweiz in diesem Jahrzehnt der EU beitreten wird.

Sie haben zuvor gesagt, dass die Schweiz sehr viel Verständnis für unser Land aufbringen würde. Wie beurteilen Sie grundsätzlich das Verhältnis Liechtenstein – Schweiz?

Meines Erachtens ist es ein gutes Verhältnis. Man versteht sich gut und man hat während Jahrzehnten gut und eng zusammen gelebt. Dies tut man auch heute noch. Das Verhältnis ist so gut, dass man sehr offen miteinander sprechen



Hans-Adam II.: «Solange wir unser eigenes Haus nicht in Ordnung bringen, stehen wir vor einem Problem und schaffen für unsere Freunde im Ausland ein Problem. Deshalb müssen wir so rasch als möglich unser eigenes Haus in Ordnung bringen.»

kann und auch kritisiert, wenn Kritik notwendig ist. Dieses Verhältnis leidet auch nicht, wenn man Kritik übt.

Man kann aber nicht den Fünfer und das Weggli haben.

Tatsache ist aber, dass die Schweiz sowohl bei der FATF als auch bei der OECD mitgestimmt hat, als es darum ging, Liechtenstein auf die schwarze Liste zu setzen. Weshalb hat uns die Schweiz diesbezüglich nicht geholfen, sondern sich gegen uns ausgesprochen?

Man muss hierbei berücksichtigen, dass die Schweiz selbst unter Druck gekommen ist. Die Schweiz ist deshalb selber in einer schwierigen Situation. Zudem muss man auch sehen, dass die Schweiz nicht mehr jene starke Position hat, welche sie noch vor ein paar Jahrzehnten hatte. Des Weiteren muss berücksichtigt werden, dass wir in Liechtenstein Fehler gemacht haben. Es hat bei der Zusammenarbeit bezüg-

lich der Bekämpfung des organisierten Verbrechens und bei der Zusammenarbeit bezüglich Geldwäsche bei der Rechtshilfe nicht geklappt. Das hat uns natürlich geschadet und erschwert unseren Freunden im Ausland uns voll zu unterstützen. Solange wir unser eigenes Haus nicht in Ordnung bringen, stehen wir vor einem Problem und schaffen für unsere Freunde im Ausland ein Problem. Deshalb müssen wir so rasch als möglich unser eigenes Haus in Ordnung bringen.

Das Verhältnis zur Schweiz wird schon bald wegen der Abstimmung zur LSVA im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehen. Hätte ein Nein zur LSVA wirklich jene negativen Folgen in Bezug auf das Verhältnis zur Schweiz wie da und dort betont wird?

Wenn wir Nein zur LSVA sagen, wird dies vermutlich bedeuten, dass wir Kontrollstellen an der Grenze zur Schweiz haben werden. Damit kann man leben. Ob wir diese Abgabe beim Zollamt Schaanwald oder an den Rheinbrücken erheben, ist für die Schweiz wahrscheinlich auch nicht entscheidend. Für

uns ist die Frage, ob es eine sinnvolle Lösung sein wird, von entscheidender Bedeutung. Hierzu kann man beide Meinungen vertreten.

Ich persönlich bin der Meinung, dass es für die absehbare Zeit vernünftiger ist, eine offene Grenze und den Zollvertrag mit der Schweiz zu haben.

Es stellt sich meines Erachtens diesbezüglich eine Grundsatzfrage. Die Schweiz braucht die LSVA wegen den bilateralen Verträgen und wegen der NEAT und wir sollen mitbezahlen. Die Schweiz erhöht regelmässig die Mehrwertsteuer und wir müssen diese Erhöhung ebenfalls immer vornehmen, obwohl wir es von der Finanzsituation des Staates her nicht nötig hätten. Inwiefern müssen wir in Zukunft Schulter an Schulter mit der Schweiz gehen oder

dürfen wir in Zukunft eine selbstbewusste eigenständige Politik betreiben, wie es eigentlich für einen souveränen Staat üblich wäre?

Wir haben alle Optionen offen. Wir können uns entscheiden, eine eigenständige Politik zu betreiben, dafür hätten wir den Zollvertrag nicht mehr. Die offene Grenze mit der Schweiz wäre dann nicht mehr aufrecht zu erhalten. Wenn wir die offene Grenze mit der Schweiz aufrecht erhalten wollen, dann wird man natürlich in gewissen Punkten mit der Schweiz mitziehen müssen und somit Eingeständnisse machen. Es geht nur um die Frage: Was will man? Beide Wege wären möglich. Man kann aber nicht den Fünfer und das Weggli haben. Man muss sich entscheiden. Vorstellbar wären beide Wege. Ich persönlich bin der Meinung, dass es für die absehbare Zeit vernünftiger ist, eine offene Grenze und den Zollvertrag mit der Schweiz zu haben und mit den steuerlichen Abgaben mitzuziehen. Dies zumindest solange die Schweiz nicht in der EU ist. Wir müssen dann aber unsere anderen Steuern reduzieren. Ich glaube, wir sollten uns überlegen, wo wir Steuern senken oder abschaffen können.

Wir müssen jetzt aber zuerst die Massnahmen treffen, die von uns verlangt werden, damit wir in der Lage sind, unseren Finanzplatz sauber zu halten.

Welche Steuer würden Sie senken und welche abschaffen?

Ich vertrete grundsätzlich die Meinung, die indirekten Steuern beim Staat zu haben und die direkten bei den Gemeinden. Dann kann den Gemeinden überlassen werden, was sie einheben und was nicht. Damit wäre natürlich eine gewisse Neuaufteilung der Aufgaben verbunden. Dies würde der Gemeindeautonomie sicher entsprechen und schlussendlich die Gemeinden stärken. Ich könnte mir aber auch vorstellen, dass man von staatlicher Seite her die Erbschaftsteuer und die Grundstückssteuern, die in manchen Bereichen einen Aufwand mit sich bringen, abschafft. Man müsste im einzelnen untersuchen, was sinnvoll ist. Wir müssten vielleicht überlegen, ob wir unser Steuersystem, so wie es heute ist, ändern müssten.

Die OECD hat sich mit ihrer schwarzen Liste ebenfalls mit den Steuern befasst. Die OECD sagte, dass wir mit Sanktionen zu rechnen hätten, falls wir unser Steuersystem nicht grundlegend ändern. Sowohl die Regierung als auch Sie sprechen genau vom Gegenteil, als das was die OECD möchte. Wie kommen wir aus dieser Sackgasse heraus?

Im Moment ist es noch undurchsichtig, was die OECD selber will. Wenn man sich dieses Papier durchliest, ist dies recht unklar. Ein wichtiger Punkt ist für die OECD die kriminellen Gelder bzw. die Steuerfluchtgelder. Dies ist für die OECD ein wichtiger Punkt. Der andere Punkt ist, und da ist bei uns sicher einiges zu tun, dass man ein Steuersystem nicht darauf ausrichten kann, dass es in erster Linie nur für die Ausländer gedacht ist. Man muss den In- und den Ausländer gleichstellen. Das haben wir nicht gemacht. Abgesehen von der Aufsicht und der Transparenz in Sachen Rechtshilfe ist dies ein Punkt, wo Handlungsbedarf besteht.

Die EU hat vor einigen Wochen an ihrem Gipfel in Portugal die Steuer-

Fortsetzung auf Seite 7